

Martin Böhm

Mitglied des Bayerischen Landtags
AfD-Fraktion

- Bundes- und europapolitischer Sprecher der Fraktion
- Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Rückfragen: 0171/4433555 (MdL-Büro Coburg)
Mail: martin.boehm@afdbayern.de
Homepage: www.mdl-boehm.de

Pressemitteilung

15.12.2021

Trotz Corona-Krise: 200 Millionen Euro mehr für EU-Politiker – „Diese Selbstbedienungsmentalität ist schamlos“ (Böhm)

Die Diäten der EU-Abgeordneten sowie die Gehälter der EU-Beamten wurden rückwirkend zum 1. Juli 2021 um 1,9 Prozent erhöht. Ein Abgeordneter des Europäischen Parlaments erhält damit monatlich 9.166 Euro. Beamte der höchsten Gehaltsstufe beziehen im Monat jetzt 21.163 Euro. Und das Basisgehalt eines EU-Kommissars liegt bei 23.809 Euro. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen „verdient“ sogar 29.205 Euro. Mit Zulagen kommt sie auf rund 34.000 Euro. Für die europäischen Steuerzahler bedeuten die Erhöhungen Mehrausgaben von über 200 Millionen Euro pro Jahr.

Der europapolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Martin Böhm, kommentiert dies folgendermaßen:

„Millionen Bürger in der EU müssen wegen der Corona-Krise den Gürtel enger schnallen und Einbußen bei ihren Einkommen hinnehmen. Für viele sind die finanziellen Einschnitte existenziell, sie können ihre Miete nicht mehr bezahlen oder ihre Kredite nicht länger bedienen. Zahllose Unternehmen stehen vor der Insolvenz, und ihre Mitarbeiter verlieren ihre Arbeitsplätze. Auch wer seine Arbeit noch hat, wird durch die zunehmende Inflation enteignet, ohne eine entsprechende Kompensation zu erhalten.

Und in dieser Situation leisten sich die EU-Bürokraten eine saftige Erhöhung ihrer Gehälter und Diäten! Dabei können die meisten Bürger von solchen Einkommen nur träumen. Diese Selbstbedienungsmentalität ausgerechnet des bürokratischen Wasserkopfes der EU während der aktuellen Krise ist schamlos! Wir müssen endlich die Frage stellen, warum wir derart teure Institutionen eigentlich finanzieren. Haben wir einen so hohen Nutzen dadurch? Wenn nicht, darf die äußerste Konsequenz kein Tabu sein: der Dexit.“